Nummer 294 — Halle, Mittwoch den 16. Dezember 1925 — 60 Jahrgang
Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ❖ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Werktag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Boten beträgt 2.00 Reichsmark, durch Ausgabestellen ohne Bringerlohn 1.50 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark u. 30 Pfennige Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags. Die Anzeigen werden nach Kolonel-Zeilen berechnet; die Zeile 0.25 Reichsmark für Anzeigen, die im gleichen Wortlaut in der „Allgemeinen Zeitung" erscheinen, besondere Ermäßigung. Verlagshaus Neue Promenade 11 u. Gr. Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtanschrift: „Saalezeitung Halleoder". Bank-Verbindung: Landhaus Reinhold Steckner, Halle. Postscheck-Konto: Leipzig Nr 22315. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Dr. Koch,
Vorsitzender der Demokratischen Partei, der vom Reichspräsidenten mit dem Versuch einer Bildung der neuen Regierung betraut wurde, nachdem der Zentrumsführer Reichskanzler a. D. Fehrenbach abgelehnt hatte.

*

Der Reichswirtschaftsrat befaßte sich mit einem Antrag des Gewerkschaftsbundes der Angestellten auf bessere Hilfe für stellungslose Angestellte. Beschlüsse wurden noch nicht gefaßt.

*

In Rüdesheim sind 22 Privatwohnungen von der französischen Besatzungsarmee für Truppenverstärkungen, in Alzey 21 Privatwohnungen und in Cochem eine Schule und 18 Privatwohnungen angefordert worden.

*

Gestern fand die Uebergabe der Locarnoverträge an den Völkerbund statt. Chamberlain für England und Paul Boncourt für Frankreich hielten feierliche Reden, denen sich ebenso feierliche Erklärungen der Vertreter einer ganzen Reihe anderer Länder anschlossen. Auch das zahlreiche Publikum war sehr feierlich gestimmt und Briand sandte ein Telegramm. Uns Deutschen ist weniger feierlich dabei zu Mute.

*

„Petit Journal" meldet: Die Abstimmung über die sieben Loucherschen Finanzvorlagen beginnt am Freitag. 122 Abgeordnete haben bisher den von den Linksparteien eingebrachten Mißtrauensantrag gegen das Kabinett Briand-Loucher unterzeichnet.

*

Gestern abend wurde eine von der Studentengruppe der französischen Faschisten in Paris abgehaltene Versammlung durch eine starke Gegenkundgebung gesprengt, die in eine Schlägerei ausartete. Es wurden drei Bomben geworfen, so daß die Tapeten des Versammlungssaales in Brand gerieten. Die Polizei räumte den Saal.

*

Die offizielle russische „Pravda" befaßt sich eingehend mit dem von Finnland angeregten Plan eines „nordischen Locarno", der die ehemals russischen Randstaaten zu einem Block unter Englands Führung gegen Sowjetrußland vereinen soll. — Auch Spanien plant Sicherheits- und Schiedsgerichtsverhandlungen mit seinen Nachbarstaaten.

*

Die Londoner „Times" melden: Um die Vorbedingungen für Deutschlands Völkerbundeintritt Ende Januar zu schaffen, hat das englische Kriegsministerium am Samstag Anweisung an den Höchstkommandierenden der Besatzungsarmee gegeben, den Abtransport der Truppen, soweit technisch möglich, bis 14. Januar in die zweite und dritte Besatzungszone vorzunehmen.

*

Die Londoner „Daily Mail" meldet aus Paris: Die am 15. Dezember in Paris beginnenden Luftschiffahrtverhandlungen unter Zuziehung der deutschen Vertreter enthalten als Hauptpunkt der Verhandlungen die Unterstellung des deutschen Zeppelinschiffbaus und der deutschen Luftfahrt unter die Kontrolle des Völkerbundes.

*

Die Londoner „Morningpost" meldet aus Helsingfors: 18 russische Kriegsschiffe sind in Kronstadt in Bau. Infolgedessen beschloß die Regierung an der Forderung nach Erhöhung der Land- und Seestreitkräfte Finnlands festzuhalten. Der Konflikt der Regierung mit dem finnischen Reichstag hat sich verschärft.

*

Wie die Londoner „Times" melden, sind japanische Zivilkommissare in die von japanischen Truppen besetzten chinesischen Ostgebiete abgegangen. Die Zivilverwaltung der besetzten chinesischen Gebiete wurde der japanischen Hauptverwaltung in Korea unterstellt.

Wie Koch sich sein Kabinett denkt.

Die Ministerliste.

Laut Blättermeldungen ist folgende Besetzung der Ministerposten vorgesehen:

Vizekanzler: Hermann Müller (Soz.),
Innenminister: Dr. Köster (Soz.),
Außenminister: Dr. Stresemann,
Wirtschaftsminister: Dr. Luther,
Justizminister: Dr. Marx,
Arbeitsminister: Brauns,
Postminister: Stingl,
Verkehrsminister: Krone,

Noch unbesetzt sind die beiden unter den jetzigen Verhältnissen vielleicht entscheidenden Ministerien: Finanz und Reichswehr. Der bisherige Reichswehrminister Dr. Geßler wird von den Sozialdemokraten energisch abgelehnt.

Die Stellungnahme der Parteien.

Ueber die Verhandlungen des Reichsministers a. D. Koch mit den Parteien, die für die Bildung der großen Koalition in Frage kommen, verlautet aus parlamentarischen Kreisen, daß

bei den Sozialdemokraten

Geneigtheit vorhanden ist, die große Koalition mitzumachen. Die Sozialdemokraten verlangen, daß die anderen Parteien zu dem von der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion veröffentlichten Arbeitsprogramm nun Stellung nehmen.

Die Vertreter des Zentrums

sagten dem Abgeordneten Koch ihre Unterstützung zu. Auch die **bayerische Volkspartei** erklärte sich bereit, bei den Verhandlungen mitzuwirken. Die Mittelstandspartei [illegible] Regierung behielt sich vor, ein etwaiges Mi[illegible]ertum Koch von Fall zu Fall zu unterstützen.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei

trat gestern abend nach der Plenarsitzung des Reichstages zu einer Fraktionssitzung zusammen. Die Fraktion erklärte sich mit der Haltung ihres Vorsitzenden einverstanden, der sich dem Abgeordneten Koch gegenüber zu weiteren Verhandlungen bereit erklärt hatte. Es wurde der Meinung Ausdruck gegeben, daß nun endlich in eine Diskussion über die sozialdemokratischen Programmpunkte eingetreten werden müsse.

Wie wir aus Zentrumskreisen hören, hatte am Spätabend des Montag der Abgeordnete Fehrenbach (Zentr.) eine längere Besprechung mit dem Abgeordneten Dr. Scholz (Deutsche Volkspartei). Fehrenbach wies erneut auf die Notwendigkeit der Bildung der großen Koalition hin und erklärte, daß das Zentrum sich an keiner anderen Regierung beteiligen werde.

Reichsminister a. D. Koch wird nunmehr ein Arbeitsprogramm ausarbeiten, und es am Dienstagvormittag den Parteiführern vorlegen. An diesen Verhandlungen wird auch der Reichsarbeitsminister Braun teilnehmen.

*

In den Sonntagsbeschlüssen der sozialdemokratischen Wahlvereine der Kreise Teltow und Niederbarnim wird gesagt, daß

die Bildung eines sozialistischen Reichskabinetts

das nächste Ziel der Partei sein müsse, die die stärkste Partei des Reichstags sei. Eine ähnliche Andeutung fand sich schon vor einigen Tagen im „Vorwärts", falls die Große Koalition nicht regierungsfähig würde.

[illegible] die Sti[illegible]en, die von einer [illegible] sprechen, denen jetzt [illegible] usgo[illegible] Neuwahlen sein könnten.

Steuerermäßigungen.

Herabsetzung der Lohnsteuer.
Erhöhung der Kinderermäßigungen.

Im Steuerausschuß des Reichstages schlug die Reichsregierung vor, vom 1. Januar 1926 ab den abzugsfreibleibenden Einkommenbetrag, der bisher 960 Reichsmark betrug, auf 1200 Reichsmark zu erhöhen. Die Aussprache ergab, daß der Ausschuß in seiner Mehrheit das Ziel der Senkung der Lohnsteuer nicht nur dadurch erreichen wollte, daß der steuerfreie Lohnbetrag von 80 auf 100 Reichsmark monatlich erhöht würde, sondern daß auch noch die Kinderermäßigungen weiter erhöht würden. Die Erhöhung der Kinderermäßigungen hatte der Reichsrat nicht für richtig gehalten. Trotzdem beschloß der Ausschuß, sowohl den steuerfreien Lohnbetrag wie auch die Kinderermäßigungen zu erhöhen.

Nach den Beschlüssen bleiben für den Arbeitnehmer 1200 R.-Mk. seines Einkommens jährlich vom Steuerabzug frei. Zur Angleichung an die sich aus der Senkung der Lohnsteuer ergebenden Aenderungen wird das Einkommensteuergesetz folgendermaßen geändert: Die Einkommensteuer wird nicht festgesetzt, wenn die Einnahmen des Steuerpflichtigen weniger als 1300 Mk. im Jahr betragen. Der Betrag von 1300 Mk. jährlich erhöht sich für die Ehefrau um 100, für das erste Kind um 100, für das zweite Kind um weitere 180, für das dritte Kind um weitere 360, für das vierte Kind um weitere 540, für das fünfte und jedes folgende Kind um weitere je 720 Reichsmark.

Die Erhöhung der Kinderermäßigungen wird durch folgende Aenderung durchgeführt:

Außer den bezeichneten Beträgen bleiben für die zur Haushaltung des Arbeitnehmers zählende Ehefrau sowie für jedes zu seiner Haushaltung zählende minderjährige Kind je 10 v. H. des Arbeitslohnes, der über die steuerfreien Lohnbeträge hinaus geht, vom Steuerabzug frei. Kinder im Alter von mehr als 18 Jahren, die Einkünfte beziehen, werden nicht gerechnet.

Zu beachten ist, daß es zur Gültigkeit der Beschlüsse erst noch der Zustimmung des Reichstages bedarf. Die Finanzlage des Reichs wird eine solche Zustimmung schwerlich erlauben, — es sei denn, daß an anderer Stelle gespart wird. Wenn allerdings durch Annahme endlich einmal mit der unbedingt notwendigen Ersparnis entbehrlicher Ausgaben ein Anfang gemacht werden sollte, so wird man diese beiden so außerordentlich wichtigen, dem sozialen Gefühl und gesunder Bevölkerungspolitik entsprechenden Beschlüsse doppelt begrüßen.

Die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.

Die vom Reichstag beschlossene Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung bedarf noch der Verhandlung mit dem Reichsrat. Diese Verhandlung ist mit der größten Beschleunigung angesetzt worden, so daß es möglich sein wird, die Erhöhungen bereits mit dem 21. Dezember 1925 in Kraft treten und noch vor Weihnachten den Erwerbslosen zugute kommen zu lassen. Die gewünschte Erhöhung vom 15. Dezember 1925 ab war nicht möglich, da bis zu diesem Termin die notwendige Verhandlung mit dem Reichsrat sich nicht hätte ermöglichen lassen.

Die neuen Steuern.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Die letztgemeldeten Steuererhebungen in Reich, Ländern und Gemeinden werden noch viel umfangreicher sein, als die letzte Verlautbarung annehmen ließ. Erwerbslosenfürsorge und Beamtengehaltserhöhungen, wenn die Reichsregierung den Anträgen im Reichstag zustimmt, werden den für kommendes Jahr veranschlagten Mehrbetrag des Reiches an Steuern von 700 Mill. auf mindestens 1000 Mill. M. erhöhen. Hierzu werden dann die erhöhten Aufwendungen der Länder und Gemeinden treten, über die bisher nur Schätzungen möglich sind, die aber kaum unter 700 Mill. M. pro Jahr betragen werden. Dazu tritt der schon auf Grund der bis zum Oktober gemachten Neubewilligungen berechnete Fehlbetrag des kommenden Jahres von über 1 Milliarde und das fortschreitende Zurückbleiben der Steuereinnahmen hinter den Veranschlagungen.

Das erklärt auch in erhöhtem Maße die Verzögerung großer verantwortungsbewußter Parteien in der Frage der Regierungsneubildung. Diese Belastung des Volkes in einem Ausmaß, wie man sie bisher nicht in Deutschland kannte, will keine Partei gern mit ihrem Namen decken, da sie den Ruin unserer Volkswirtschaft zu vollenden droht, als dessen Abschluß dann die Arbeitslosigkeit von ungezählten Millionen und die Finanzkontrolle des Völkerbundes als letzter Rettungsversuch ähnlich wie in Wien bevorsteht.

$5^1/_2$ Millionen Mark Mieten rückständig.

Nach einer Berliner Mitteilung haben die rückständigen Mieten in Berlin die Höhe von etwa 5½ Millionen Mark erreicht. Bei einem Stadtgebiet von etwa 30 000 Häusern gibt es kaum noch ein einziges Haus, in welchem alle Wohnungsinhaber die Miete pünktlich bezahlt haben. Am meisten betroffen sind die Stadtgegenden mit kleinen Wohnungen. So befinden sich z. B. im Südosten der Stadt von 40 Mietern eines Hauses 28 mit der Wohnungsmiete im Rückstand. — Und dabei immer neue Steuern.

Aus Washington wird gemeldet, daß der Plan Mellons in Sachen der Rückgabe des beschlagnahmten fremden Eigentums ausgesprochenem Widerstande auf seiten der Republikaner begegne, die diesen Plan als finanziell ungesund und politisch sogar gefährlich bezeichnen.

Mitteleuropa als Wirtschaftsorganismus.

Es ist das Schicksal des deutschen Volkes, das Kernvolkes Mitteleuropas, mitten hineingestellt zu sein zwischen die aufstrebenden neuen Weltwirtschaftsmächte. Dieses Schicksal bedeutet Kampf. Die Zukunft Deutschlands hängt nicht von einer West- oder Ostorientierung ab — beides würde die Zermalmung Deutschlands bedeuten, die Auftilgung seines eigenen Lebensraums, sondern ob es Deutschland gelingt, sich in sich selbst zu konzentrieren, die Selbständigkeit und wirtschaftliche Unabhängigkeit des eigenen Lebensraumes zu behaupten.

Deutschlands Zukunft und Bedeutung beruht in seiner eigenartigen Stellung in Mitteleuropa. Mitteleuropa war stets ein Wirtschaftskörper von seltener Geschlossenheit, ein feinnerviger Organismus, an dessen Zerstörung ja nicht nur etwa Deutschland krankt, sondern ebensosehr die Kleinstaaten von Feindbundsgnaden im Südosten und Osten Europas. Von Deutschland, dem Kernlande, ergießt sich bis in die äußersten Glieder der Blutstrom der industriellen Fabrikate, die sich auf ihrem Wege umwandeln in landwirtschaftliche Produkte und, zurückfließend, in Deutschland sich sammelnd, den gewaltigen Antrieb, die Lebensgrundlage für neue industrielle Produktion bilden.

Man kann diesen ständigen Wechselstrom industrieller und landwirtschaftlicher Produkte am besten mit dem Blutkreislauf eines Körpers vergleichen. So betrachtet ist die Streitfrage überflüssig, welcher Wirtschaftszweig die Grundindustrie bildet. Ihre gegenseitige Bedingtheit beweist ihre Lebensnotwendigkeit für die Gesamtheit am besten. Wenn man sich diese gegenseitige Bedingtheit in ihrer vollen Bedeutung klarmacht, so wird man auch ermessen können, welche ungeheure Schädigung für den Gesamtorganismus, die Schwächung und Notlage gerade der deutschen Landwirtschaft als der höchstentwickelten, [illegible]eutet. Ein so scharfer Beobachter, wie der englische Generalkonsul in Düsseldorf, hat im Jahre 1913 die deutsche Wirtschaftsblüte vor allem auf die sein abgewogene Ausgeglichenheit zwischen Industrie und Landwirtschaft zurückgeführt.

Diese Einheit ist durch Versailles in einer Weise zerstört worden, daß man geneigt wäre, sie als sinnlos zu bezeichnen, wenn sich nicht gerade in dieser Sinnlosigkeit der Zerstörung die ganze Raffiniertheit unserer Feinde offenbarte. Das zeigt am besten ein Blick auf die verkehrspolitische Karte Europas. Der wirtschaftlichen Geschlossenheit Mitteleuropas entsprach früher seine verkehrspolitische Geschlossenheit. Heute ist das Vorkriegsgebiet des Deutschen Reiches und Oesterreich-Ungarns auf nicht weniger als 15 Staaten aufgeteilt.

Sinnlos ist Zusammengehöriges zerrissen. Verschiedenartiges gewaltsam vereinigt worden. Eisenbahnhauptstrecken, wie etwa die Linie Breslau—Posen—Königsberg, haben fast keinen durchgehenden Verkehr mehr. [illegible] Kleinbahnen plötzlich zu Hauptverkehrsadern geworden. Schnellzugstrecken, wie die von Berlin über Bukarest nach Triest müssen heute, früher eine Staatsgrenze durchschneiden, diejenige von Berlin nach Petersburg, früher ebenfalls eine, heute sieben. So zeigen die heutigen verkehrspolitischen Verhältnisse so recht die Balkanisierung Mitteleuropas.

Hinzu kommt, daß der überreizte Nationalismus der Kleinstaaten eine Machtpolitik treibt, die den eigenen Wirtschaftsinteressen oft geradezu ins Gesicht schlägt. Der wirtschaftliche Zusammenbruch Polens sollte in dieser Beziehung ein warnendes Beispiel sein. Kennzeichnend für seine wirtschaftliche Verbundenheit mit dem Kernlande Deutschland ist ja die Tatsache, daß auch in den letzten Kampfmonaten die Ausfuhr von Deutschland nach Polen noch gestiegen ist. Polen wird nicht eher zu einer Festigung seiner Verhältnisse kommen, bis es erkennt, daß es nicht ungestraft den oben geschilderten, natürlichen Wechselstrom unterbrechen darf. Deutschlands Ueberlegenheit aber wird sich trotz des sich aufbäumenden Chauvinismus der staatlichen Neugründungen im Südosten und Osten durchsetzen, wenn es ihm gelingt, in seinem Innern selbst das notwendige Gleichgewicht zwischen Industrie und Landwirtschaft wieder zu erreichen. So hängt Deutschlands außenpolitische Lage letzten Endes von einer gesunden Innenpolitik ab.

G. P.

Die Lohnverhandlungen bei der Reichsbahn gescheitert.

Die Verhandlungen, die am heutigen Nachmittag zwischen der Hauptverwaltung der Reichsbahngesellschaft und den Tarifgewerkschaften der Eisenbahner wegen der von dem Personal geforderten allgemeinen Lohnaufbesserung gepflogen wurden, sind, wie die Blätter erfahren, ergebnislos abgebrochen worden. Die Organisationen der Eisenbahner werden im Laufe des morgigen Tages zu dem negativen Ergebnis der Verhandlungen Stellung nehmen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19251216012/fragment/page=0001

Evangelische Bischofe in Preußen.

Die Evangelische Generalsynode Preußens hat in ihrer Monatssitzung nach mehr als fünfstündiger sehr lebhafter Aussprache in erster Lesung ein Kirchengesetz angenommen, wonach die Generalsuperintendenten in Zukunft den Titel „Bischof" führen sollen. Die Provinzialkirchenräte sollen aber das Recht haben, die Fortdauer der bisherigen Amtsbezeichnung innerhalb der Kirchenprovinz zu beschließen.

Der Antrag war gestellt von der Gruppe der Evangelisch-Lutherischen, die besonders in den östlichen Provinzen Preußens stark vertreten sind. Die Vertreter der Reformierten aus den westlichen Provinzen bekämpften lebhaft den Bischofstitel und sprachen die Befürchtung aus, daß bei seiner Annahme eine Spaltung in der evangelischen Union eintreten könnte. Der Verfassungsausschuß hatte die Vertagung der Bischofsfrage bis zur nächsten Generalsynode beantragt. Dieser Vertagungsantrag wurde im Hammelsprung mit Stimmengleichheit — 106 gegen 106 Stimmen — abgelehnt und dann mit Stimmenmehrheit der Antrag auf Einführung des Bischofstitels angenommen.

Den Bedenken der Reformierten im Westen ist durch den Zusatz Rechnung getragen, daß die Kirchenprovinzen die Beibehaltung des alten Titels beschließen können. — Der Beschluß bedarf noch der Bestätigung in der zweiten Beratung, die am Dienstag stattfinden wird.

Theater im Landtag.

Der „Fall Schillings".

Den größten Teil der Montagsitzung des Preußischen Landtags nahm bei der dritten Beratung des Kultushaushalts die Besprechung der fristlosen Entlassung des ehemaligen Intendanten der Berliner Staatsoper, Prof. Max von Schillings, ein. Kultusminister Becker betonte, daß er die künstlerische Persönlichkeit des Intendanten v. Schillings so hoch einschätze, daß es ihm schwer gefallen sei, ihn aus seiner Intendantenstellung zu entlassen. Schillings sei aber als Intendant, d. h. als Geschäftsführer und Verwaltungsbeamter gänzlich ungeeignet gewesen. Darüber habe bei sorgfältiger Prüfung des Materials zwischen dem Kultusminister, seinen Referenten und dem Finanzminister, Einigkeit bestanden. Die Lösung des Vertrages mit Schillings durch fristlose Entlassung sei ein rechtliches Erfordernis gewesen. Man könne in diesem Falle von einer Lücke im Gesetz sprechen, weil es nicht möglich gewesen wäre, Schillings etwa zu beurlauben, vom Dienst zu suspendieren oder zum Schluß der nächsten Spielzeit zu kündigen.

In der Debatte traten die Redner der Deutschnationalen (Baecker, Berlin), der Deutschen Volkspartei (Buch[illegible]n), der Wirtschaftlichen Vereinigung (Dr. Klami) und der Völkischen Arbeitsgemeinschaft (Dr. v. Brehmer) für ihre Anträge ein, die die Zurücknahme der fristlosen Entlassung des Intendanten v. Schillings und die Entfernung der Referenten Seelig und Kestenberg aus dem Kultusministerium, d. h. eigentlich die

[illegible]eichung der Referate für Kunst und [illegible]

im Etat für 1926 fordern. — Vom Zentrum bis zu den Kommunisten wurde der Standpunkt des Ministeriums gebilligt. Dabei kam aber das Verlangen zum Ausdruck, daß, nachdem der Staatsautorität Genüge geschehen sei, man dem Künstler und Menschen Schillings die Hand reichen müsse.

Lebhaft wurde es im Landtag während der Rede des völkischen Abg. Dr. v. Brehmer, der behauptete, daß Schillings durch die fristlose Entlassung entehrt worden sei. Er erhielt dafür den Zuruf des Abg. Heilmann: „Wulle wird ihm seine Ehre wiedergeben!" Die Sozialdemokraten fielen kräftig ein, und einige Zeit hinduch ging

der rhythmische Ruf: Wulle! Wulle! Wulle!

durch die hohe Halle. Herr Wulle, sichtlich erregt, bedachte die Sozialdemokraten mit dem Zuruf: „Ihr Gesindel!", ein Zuruf, der im Lärm des Hauses nicht allgemein verstanden wurde und vielleicht erst noch ein Nachspiel haben wird. Die parlamentarischen Akten „Schillings" sind mit der heutigen Debatte noch nicht geschlossen. Es stehen noch die Abstimmungen über die Rehabilitierungsanträge für die nächste Zeit aus.

Der Landtag erledigte vorher noch die dritte Beratung des Haushalts der landwirtschaftlichen Verwaltung. Dabei erklärte zur Frage der „Landbank" ein Regierungsvertreter, daß die Gefahr des Zusammenbruchs bei der Landbank durch satzungswidrige Geschäfte heraufbeschworen sei. Ueber eine Stützungsaktion des Staates sei es noch nicht zu einer Einigung gekommen über gewisse Bedingungen, die vom Staate gestellt, ihm einen Einfluß auf die Landbank sichern wollen. Die Siedlerinteressen will der Staat aber auf jeden Fall bei der Landbank wahrnehmen. — Am Dienstag wird die dritte Statberatung fortgesetzt.

*

Es mag ja ganz amüsant für die Linke sein, wenn sie sich im Parlament bald im Rhythmus wie diesmal, bald in Gymnastik, wie andere Male und demnächst in rhythmischer Gymnastik übt. Aber das ist denn doch wohl nicht der Zweck, zu dem das deutsche Volk sie zu ihren Vertretern macht und ihnen Diäten zahlt. Es könnte schließlich passieren, daß der Volksunwille auch einmal rhythmische Gymnastik — mit dem jetzt trotz unserer Not so vergnügten Abgeordneten triebe!

Die Erhöhung der Beamtengehälter.

Reichstag.

Der Platz des Reichstagspräsidenten Löbe ist mit drei großen Blumensträußen geschmückt.

Abg. Fehrenbach (Ztr.) erbittet das Wort und spricht dem Präsidenten zu seinem 50. Geburtstage die herzlichsten Glückwünsche des Reichstages aus. Der Reichstag beteilige sich gern an dieser Ehrung des Geburtstagskindes, denn die Ehrung seines Präsidenten sei zugleich eine Ehrung des Reichstages. (Beifall.) Der Redner rühmt die vorzüglichen präsidialen Eigenschaften des Präsidenten und wünscht ihm Glück und Segen für viele weitere Jahre. (Lebh. Beifall.)

Präsident Löbe dankt dem Abg. Fehrenbach und dem ganzen Reichstage für die freundlichen Glückwünsche. Erneuter Beifall.)

Das Haus tritt dann in die Tagesordnung ein. Auf ihr stehen die Anträge auf Erhöhung der Beamtenbesoldung.

Der Haushaltsausschuß schlägt eine Entschließung vor, die die Regierung ersucht, den allgemeinen Teuerungszuschlag für die Beamten der Gruppen I bis IV von 12½ Prozent auf 25 Prozent und für die Beamten der Gruppen V und VI auf 20 Prozent zu erhöhen. Die Bayrische Volkspartei legt einen Antrag vor, wonach als einmalige Notmaßnahme noch vor Weihnachten den Gruppen I bis IV eine Zuwendung in Höhe von einem Viertel des Dezembergehalts gezahlt wird und den Beamten der Gruppen V und VI eine solche in Höhe von einem Fünftel des Monatsgehalts, mindestens aber den Ledigen 30 RM., den Empfängern eines Frauenzuschlags 35 statt 30 RM. an Kinderbeihilfe ein Sonderzuschlag von mindestens 5 M. und für Vollwaisen ein Zuschlag von mindestens 10 M., Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene sollen ein Viertel des Dezembergehalts erhalten. Auf Antrag des Abg. Frik (soll.) wird mit der Beratung der völkische Antrag verbunden, der eine Denkschrift über die Ministerpensionen fordert.

Reichskanzler Dr. Luther

erklärt, die Regierung teile den Wunsch des Reichstages, den Beamten zu helfen. Sie könne aber in ihrer Eigenschaft als geschäftsführende Regierung dem Antrage des Hauptausschusses nicht zustimmen, weil darin der künftigen Regelung vorgegriffen werde durch Einführung eines laufenden [illegible]uschlages und [illegible]. Da[illegible] [illegible]rung [illegible]bme des [illegible]ntrages der Bay[illegible] volkspar[illegible]t. Dieser Abänderungsvorschlag [illegible] in formeller Beziehung auch den Vorzug, daß er wegen seiner grundsätzlich einmaligen Form die bessere Aussicht auf Zustimmung des Reichsrats biete. Mit Rücksicht auf die Interessen der Länder und Gemeinden erscheine es der Reichsregierung weiter geboten, bei Gewährung einer Beihilfe über die sechste Besoldungsgruppe nicht hinauszugehen. Die Reichsregierung stelle sich auf diesen Standpunkt, obwohl ihr sehr bewußt sei, daß auch bei den höheren Besoldungsgruppen viele Gründe für eine Erleichterung der Lage der Beamtenschaft sprechen. Angesichts der Notlage, in der sich infolge der steigenden Erwerbslosigkeit weite Teile des deutschen Volkes befinden, sei es jedoch richtiger, die Bereitstellung der nach der Finanzlage sehr eng bemessenen Mittel auf die Fälle der größten Bedrängnis zu beschränken. Der Vorschlag der Bayr. Volkspartei habe auch noch den Vorzug, daß er in seinem ganzen Aufbau die sozialen Erfordernisse in stärkerem Maße berücksichtige.

Abg. Bender (Soz.) tritt für die Ausschußbeschlüsse ein und ersucht weiter um Vorlegung einer Denkschrift, in der die Pensionsausgaben auch für die kaiserlichen Beamten und Generale aufgeführt werden.

Abg. Lawerrenz (dnat.) erinnert an die vielen Regierungserklärungen, in denen der Wille betont wurde, der Notlage der Beamten abzuhelfen. Die Beamtenschaft habe das als bindende Zusage aufgefaßt. Viele Beamte hätten im Vertrauen darauf Vorschüsse und Darlehen aufgenommen, deren Rückzahlung ihnen die größte Sorge macht. Der Reichsfinanzminister v. Schlieben sei zu Unrecht angegriffen worden. Auch nach seinem Ausscheiden werde es angesichts der Finanznot nicht anders werden. Wenn die Sozialdemokraten in die Große Koalition eintreten, dann können sie ja den Segen mit vollen Händen ausschütten.

Die Regierung wußte, daß den Beamten vor Weihnachten in irgendeiner Form geholfen werden mußte. Ihr ist der Vorwurf zu machen, daß sie sich allen Anregungen gegenüber so lange in Schweigen gehüllt hat. Die Beamtenschaft muß aus der Entwicklung der Dinge ersehen, wie wenig fruchtbar bei der Lösung der Beamtenfragen das gegenwärtige parlamentarische System ist. Der Redner lehnt den Antrag der Bayrischen Volkspartei ab und fordert eine einmalige Beihilfe auch für die Besoldungsgruppen über VI hinaus.

Abg. Morath (D. Vp.) wirft den Parteien der Linken vor, daß bei ihnen das soziale Empfinden bei der Besoldungsgruppe VI aufhöre. Die Beamten wissen, daß es ihnen unter sozialdemokratischer Kanzlerschaft keineswegs gut ging, und daß der sozialdemokratische Kanzler Bauer sogar den Empfang einer Beamtendeputation ablehnte, die ihm ihre Notlage schildern wollte. (Hört, hört! rechts.) Die Beamten auch der unteren Besoldungsgruppen empfinden es als ungerecht, daß die höheren Besoldungsgruppen leer ausgehen sollen. (Lachen links.) Der Redner lehnt eine Regelung ab, die sich nur auf die Gruppen I bis VI erstreckt. Der Beamte muß vor dem System der Abzahlung bewahrt werden.

Abg. Erling (Ztr.) erkennt an, daß der ablehnende Standpunkt der geschäftsführenden Regierung verständlich sei. Aber es handle sich hier doch um eine Notstandsaktion, für die die Parteien [illegible] Verantwortung übernehmen würden. Die R[illegible]g habe selbst nicht recht gewußt, was sie w[illegible] Verständigung mit den Partei[illegible] erfolgt. 90 Prozent des deutschen Volkes lebten zwar heute sozial schlechter als vor dem Kriege, trotzdem müsse man versuchen, ob es nicht möglich sei, die Beamtenschaft aufzubessern.

Ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums erklärt nochmals die Ausschußbeschlüsse für undurchführbar.

Neu eingegangen ist ein Antrag der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei, den Antrag der Bayr. Volkspartei dahin zu ändern, daß eine Beihilfe im Betrage eines Fünftels des Monatseinkommens für die Gruppen V bis XII gewährt wird. Ferner soll die Frauenzulage auf mindestens 40 M. bemessen werden.

Abg. Schuldt-Steglitz (Dem.) lehnt für seine Partei die Verantwortung für diese jetzige unerquickliche Situation ab. Der preußische Finanzminister habe immer die Berechtigung der Beamtenwünsche anerkannt, er habe nur betont, daß Preußen zu ihrer Erfüllung nicht in der Lage sei, wenn es nicht die erforderlichen Zuschüsse vom Reiche erhalte. Gegenüber der Beamtenhetze müsse festgestellt werden, daß das Nominalgehalt der Gruppe 7 von 2310 Mark jährlich nach dem gegenwärtigen Index eine Kaufkraft von rund 1[illegible] Mark hat. Mit Vorschüssen sei den Beamten nicht geholfen. Der Redner empfiehlt eine Entschließung, die die Reichsbahnverwaltung auffordert, mit Rücksicht auf die große Notlage der Beamten die Darlehen niederzuschlagen, mindestens aber die Einziehung der jetzt fälligen Beträge zu unterlassen.

Darauf werden die Beratungen auf Dienstag 1 Uhr vertagt.

Luftfahrtnote der Botschafterkonferenz.

Die Note der Botschafterkonferenz, in der die deutsche Regierung zu offiziellen Verhandlungen über die beiderseitigen Luftfahrtinteressen eingeladen wird, ist in Berlin eingetroffen. Die Verhandlungen werden am Freitag, den 18. d. Mts in Paris beginnen. Eine deutsche Delegation, die sich aus Vertretern des Auswärtigen Amts und des Reichsverkehrsministeriums zusammensetzen wird sich zu dem genannten Termin nach Paris begeben.

Loucheurkrise.

Die vom Finanzausschuß der französischen Kammer angenommenen sozialistischen Resolutionen haben in politischen Kreisen eine gewisse Erregung hervorgerufen. Noch am Abend hat Finanzminister Loucheur mit Ministerpräsident Briand, Painlevé und Pierre Laval verhandelt.

Auffallend ist, daß der radikale Homme Libre, dessen Chefredakteur Mitglied der radikalen Kammerfraktion ist, heute vormittag schreibt: Es gibt nur zwei Lösungen, entweder die Regierung nimmt die Abstimmung an und Finanzminister Loucheur arbeitet andere Gesetzentwürfe aus oder die Regierung nimmt die Abstimmung nicht an und demissioniert. Loucheur allein gehen zu lassen wäre unwürdig.

Amerika und Rußland.

Dem Berichterstatter der Londoner „Daily News" zufolge ist noch für diese Session im Kongreß ein neuer Versuch zu erwarten, die Anerkennung Rußlands durch die Vereinigten Staaten zu erreichen. Senator Borah betonte insbesondere die außerordentlichen wirtschaftlichen Möglichkeiten, die Rußland der amerikanischen Geschäftswelt biete. Der russische Handelsvertreter gab dem Vertreter eines Nachrichtenbureaus die Erklärung ab, Rußland sei bereit, seine Schulden an Amerika anzuerkennen.

— Als wir in unserer Zeitung vor einigen Wochen an Hand englischer Berichte aus Neuyork darauf hinwiesen, daß die Einigung Europas in Locarno zu einer ganz großen Gegenmaßnahme Amerikas, nämlich zu der Verständigung Amerikas mit Rußland, oder anders gesprochen, zur allmählichen Heranbildung eines Riesenblocks Amerika-Asien gegen Europa führen könne, bekamen wir von einem Locarnoanhänger zu hören, solche Andeutungen wären leere Phantasien. Wir wollen hoffen, daß die jetzigen Nachrichten auch nur „Phantasien" sind, aber wir befürchten, daß die schlimmste aller Locarnoentäuschungen, der Verlust amerikanischer Mitarbeit am Wiederaufbau Europas und die Verständigung Amerika-Rußland gegen Europa eines Tages auch von den größten Locarnooptimisten ins Auge gefaßt werden muß. Lieber rechtzeitig die Gefahren erwägen und dann rechtzeitig vorbeugen! — Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die gestrige Rede des amerikanischen Staatssekretärs Kellog im Rat für auswärtige Angelegenheiten:

Das Charakteristische unserer Politik ist der Entschluß, eine Beteiligung an rein europäischen politischen Angelegenheiten zu vermeiden. Wir schließen uns nicht dem europäischen System der Bündnisse und Gegenbündnisse zur Aufrechterhaltung des Mächtegleichgewichtes in Europa an.

Weihnacht im Süden.

Von Gustav W. Eberlein (Rom).

Auf die Frage nach den ortsüblichen Weihnachtsgebräuchen antwortet der Römer kurz und bestimmt mit einer gewissen beschleunigten Mundwässerigkeit:

„Kal. Kapaun. Kuchen."

Das gilt, mit einigen lokalen Schattierungen und Zutaten, für ganz Italien. Mit Essen, Trinken und Lärm feiert der Südländer alle Feste und die Quantität dieser natürlichen Lustbarkeit ist der beste Wertmesser für die Bedeutung des Tages. Je weiter wir uns von der Natur entfernen, um so mehr öffnet sich das Reich der Seele, um so stiller, verinnerlichter wird in Weihestunden der Jubel. Man könnte auch vielleicht Natur mit Kindheit gleichsetzen und dann versteht man noch leichter, warum den Kindern des Südens und der Sonne das Siegesfest des Lichtes weniger zu sagen hat als uns in Frost und Schnee Erwachsenen. Je weiter nach Süden, desto höher und heiterer der Himmel, desto weniger Bedürfnis nach einer heimeligen, auch von innerlicher Wärme durchschwingten Stube.

Ist es nicht so, daß wir erschüttert schauen in den Schein der Kerzen, während die Kinder Lärm machen und nach guten Dingen greifen? Wo der tiefere Sinn steckt, der Südländer fragt nicht und braucht nicht danach zu fragen, er auf jeden Fall ist der Beschenkte. Drum Brüderchen ergo bibamus, laßt uns trinken!

Das nordische Christkind mag wissen, wo alle die Male herkommen. Das glitzert und glitzert, als sei an Ort und Stelle, gleich auf dem Marktplatz selber der große Fischzug erfolgt. So stürmisch ist der Andrang der einkaufenden Familienväter (in Italien geht der Herr zu Markt, wie er auch die Ehre, in der Oeffentlichkeit die Kinder hüten zu dürfen, für sich in Anspruch nimmt), daß die Stände und Buden die ganze Nacht hindurch feilbieten. Und bis zu den Knien sitzen die Geflügelverkäufer in den abgerupften Federn. Und zu Bergen türmen sich die Riesenbomben des „panettone", des traditionellen Kuchens, einer Art Gugelhopf, der sich besonders von Mailand aus in Lawinen über die Halbinsel ergießt. Es wäre aber ungerecht, zu behaupten, das ganze Lebensmittelgebirge werde an einem Tage vertilgt, o nein, so alkisch darf man Weihnachten nicht feiern. Der feiftrohe Römer will nicht nur am 25. Dezember sein Huhn im Topfe haben, sondern jeden Tag, bis zur Befana, am 6. Januar. So lange dauert doch die angenehme Angelegenheit.

So lange sagen daher auch die Tannenbäume auf den Straßen: Nimm mich mit! Etwas fremd nehmen sie sich ja aus, importiert, man wußte es bisher gar nicht anders, als das sie wie andere exotische Gewächse auch mit dem Wurzelballen verkauft werden. Wer einen Garten hatte, konnte sie nach dem Fest einpflanzen und in der Sommerglut eingehen sehen wie Palmen in Londoner Gasthofkübeln. Daher sind findige deutsche Köpfe auf den Einfall gekommen, einen Teil des Schwarzwaldes kurzerhand nach Rom auf das Pflaster zu verpflanzen, ohne Wurzeln.

Die Christbaumständer aber fehlen noch. Was tut's! Die Papierrosen und Orangen, die man dranhängt, trägt auch ein krumm stehender Baum. Unendlich geschmacklos sieht so manher Spruß nordischer Waldesherrlichkeit nun zwischen Trichtergrammophon und unsagbaren Hausgreueln. Waldweben und Weihnachtsweben, der Italiener, der blindlings alles abholzt und jeden Buchfink niederknallt, versteht es nicht. Er hat das nicht, was wir ein gemütliches Heim nennen, er kehrt dem Christbaum also bald den Rücken und geht aus. Was aber soll man in der Osteria (Gastwirtschaft) oder bei Bekannten anderes tun als gut essen und trinken?

Tombola spielen! Vier Familien tun sich in der Regel dazu zusammen. Außerdem gibt es große Tombola und Glücksspielen bei den zahlreichen öffentlichen Weihnachtsfeiern der Wohltätigkeitsvereine. Und auch die vielen, vielen Krippen in den Kirchen locken zum Ausgang. Die Kinder springen die riesige Freitreppe zu Santa Maria in Aracoeli hinauf und halten dort von einer Kanzel aus Ansprachen an das wundertätige Bimbo, das santissimo bambino, das Christuskind.

Und dann werden im Lateran die Köpfe der Apostelfürsten ausgestellt und dann kommt Sylvester und erklingt der ambrosianische Lobgesang, und dann capod'anno, Neuahr, und schließlich die Befana! Die Befana, die erst ist das richtige Weihnachtsfest der Kinder, mit unzähligen Geschenkbuden und einem unübertrefflichen Lärm auf der uralten, zirkushaften Piazza Navona. Da werden die Zuckerstengel vor aller Augen aus bunten Fladen gedreht, da gibt es alle Neuerungen der französischen und deutschen Weihnachtssitten, die man zu den heimischen hinzugenommen hat, um die Sache in die Länge zu ziehen.

Das kirchliche Rom aber wird den Weihnachtsabend dieses Jahres mit strahlendem Glanz und historischem Zeremoniell feiern: am 24. Dezember steigt der Papst in die Peterskirche herab und schleicht mit der Maurerkelle die heilige Türe. Das heilige Jahr ist zu Ende. Wer wird es sein, der nach 25 Jahren die kostbare Kelle vertauscht mit dem öffnenden Hammer?

Goldenes Doktor-Jubiläum.

Am 12. Dezember feierte Herr Hofrat Prof. Dr. G. Krause in Cöthen (Anhalt) die 50. Wiederkehr des Jahrestages, an welchem ihm der Doktortitel von der Philosophischen Fakultät der Universität Jena verliehen wurde. Dem Jubilar ging jetzt eine Erneuerung seines Doktor-Diplomes zu mit guten Wünschen für die Zukunft.

Ein arbeitsreiches, aufreibendes Leben liegt hinter Herrn Dr. G. Krause, der durch seine Tatkraft und Energie die w[illegible]bekannte „Chemiker-Zeitung" ins Leben gerufen und ausgebaut hat. Er stand ihr als Herausgeber und Redakteur vor und machte sie bekannt in den Fachkreisen sämtlicher Erdteile, in denen sie noch heute in hohem Ansehen steht. Leider mußte Dr. Krause aus Gesundheitsrücksichten schon vor Jahrzehnten die Leitung in andere Hände übergehen lassen. Seitdem hat er sich literarisch betätigt und seine Kraft den verschiedensten Bestrebungen in helfender und ratender Weise gewidmet.

Durch seine Anregung und Hilfsbereitschaft entstand in seiner Vaterstadt Cöthen als „Dr. G. Krause's Stiftung" das Haus des Dürerbundes, das einzig in seiner Art dasteht in Deutschland. Die Stadt ehrte ihn, indem sie die Straße, in der sich sein Haus befindet, umtaufte auf „Dr. Krause-Straße".

Neue Bücher.

Mermher der Gärtner, Der Meier Helmbrecht. Ju Proja nachgedichtet von Josef Hofmiller. In Ganzleinen gebunden 4 M. Verlag von Albert Langen in München. — Wer die Urdichtung mit der neudeutschen Nacherzählung Josef Hofmillers vergleicht, wird nicht nur die Freiheiten ermessen, die sich der Bearbeiter gegenüber dem Buchstaben der Dichtung erlaubt, sondern auch die Treue, mit der er ihren Geist bewahrt. Eines kommt in dieser sprachlichen Gestalt zum erstenmale heraus, die grandiose Gestalt der Dichtung selbst.

Georg Plischke. Vom Osterhasen Schnellebein und den vier bösen Engelein. Erstes Buch der neuen Schattenbilderbuchreihe: Allerlei, ha, holdrio! von der Schere Schnippeschrok! 16 Scherenschnitte mit Versen, 3 M., Verlag Georg D. W. Callwey in München. — Dieselbe Schlagkraft und Treffsicherheit, die die Schnitte zeigen, zeichnen auch die von dem Künstler selbst zu seinen Bildern geschaffenen, tatkräften und kindertümlichen Verse aus, und so rundet sich die ganze lustige Geschichte des von den vier bösen Engelchen geprellten Osterhasen zu einem geschlossenen Kunstwerk, das als Geschenkbuch bei unserer Jugend im Alter von etwa 6 bis 10 Jahren sicherlich helles Entzücken hervorrufen wird.

Die Hosenrolle (Das Weib als Mann). Von Alfred Holtmann. Mit 23 Abbildungen. Verlag von Meyer u. Jessen in München. Gebunden in Leinen 6 M. — In diesem ebenso interessanten wie unterhaltenden Buche wird ein kultur- und sittengeschichtliches Problem von besonderer Gegenwartsbedeutung in allgemeinverständlicher Sprache sachlich untersucht und dargestellt: das Problem der Hosenrolle, des Weibes als Mann, im Leben und auf dem Theater. Ein Gegenwartsbuch, ein neues, interessantes Kapitel zur allgemeinen Kultur- und Sittengeschichte, lesenswert für Männer und Frauen.

Liesbet Dill, „Die kleine Stadt". Ein saarländischer Roman. Adolf Sponholz Verlag, Hannover. Ganzleinen 6,50 Mark. — Dieser feine Kleinstadt-Roman aus dem Saarland erfüllt in sehr guten, vorkriegsmäßig ausgestatteten Neuausgabe eine verdiente Wiedererstehung. Von den Kleinstadtromanen unserer Literatur ist er zweifellos einer der Besten.

Sämtliche Bücherneuheiten beziehen durch die
Bücherstube der Allgemeinen Zeitung
- Rauschenstrasse 8 -

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19251216012/fragment/page=0002